

## „Der hat etwas zu klären“

Wer die Demokratie mit Füßen tritt.../Klare Worte von Ministerpräsident Bodo Ramelow

**Klare Worte von Ministerpräsident Bodo Ramelow: Wer die Demokratie mit Füßen tritt, Leimruten legt und Fallen stellt, der hat etwas zu klären, bevor man ihm als Demokrat die Hand reichen kann.**

Nach seiner Wahl am 4. März im Thüringer Landtag hatte Ministerpräsident Bodo Ramelow in einer kurzen, frei gehaltenen Rede auf seine Gründe verwiesen, warum er dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, der ihm gratulieren wollte, nicht die Hand gegeben hat. Am 5. Februar hatte die AfD geprahlt, man habe Herrn Kemmerich eine Falle gestellt, habe ihn auf eine Leimrute geschickt. „Wer so über die Wahl eines Verfassungsorgans spricht, der hat etwas zu klären“, sagte Bodo Ramelow und betonte: „Wenn ich deutlich vernehmen kann, dass die Demokratie im Vordergrund steht, dann bin ich bereit, auch Ihnen, Herr Höcke, die Hand zu geben. Aber erst dann, wenn Sie die Demokratie verteidigen und nicht die Demokratie mit Füßen treten und niemand im Hohen Haus

weiß, wie Sie abstimmen, ob Sie überhaupt abstimmen oder ob Sie wieder Fallen bauen.“

Bodo Ramelow hatte außerdem erklärt, dass es nunmehr darum gehe, mehr Demokratie und weniger Parteibuch zu wa-

gen. „Wir müssen Gräben überwinden. Wir lassen uns als demokratische Fraktionen nicht auseinanderdividieren. Ich bin froh über den Stabilitätspakt mit der CDU. Wir beschreiten damit

Neuland in der Bundesrepublik. Sicherlich werden wir in anderen Bundesländern bald ähnliche Situationen erleben. Die Parteidemokratie in Deutschland muss sich verändern. Die Bonner Republik existiert nicht mehr. Gemeinsam für Thüringen. Darauf kommt es an!“

Nachdem er selbst im Plenum vereidigt worden war, hatte Bodo Ramelow die MinisterInnen seiner Regierung aus LINKE, SPD und Grünen ernannt: Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft Wolfgang Tiefensee (SPD); Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz Anja Siegesmund (Grüne); Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz Dirk Adams (Grüne); Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (LINKE), der zudem vertretungsweise die Aufgaben des Ministers für Infrastruktur und Landwirtschaft wahrnimmt; Minister für Bildung, Jugend und Sport Helmut Holter (LINKE); Minister für Inneres und Kommunales Georg Maier (SPD); Finanzministerin Heike Taubert (SPD) und Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Heike Werner (LINKE).



## Thüringer Weg des Stabilitätsmechanismus

Kompromisse nur untereinander/Haushaltsverabschiedung/Neuwahlen am 25.4.2021

**Wenige Stunden vor der Ministerpräsidentenwahl am 4. März war durch die Vertreter der Fraktionen das Protokoll über die Gespräche zwischen LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie CDU unterschrieben worden.**

Mit der „parlamentarischen Verfahrensweise des Stabilitätsmechanismus“, den Bodo Ramelow den Thüringer Weg nennt, wurde vor dem Hintergrund, dass Anträge grundsätzlich eigenständig eingebracht werden, vereinbart, dass erforderliche Kompromisse nur untereinander gesucht werden. Außerdem heißt es: „Der Stabilitätsmechanismus bindet beide Seiten bis zur Verabschiedung des Haushalts 2021 im Dezember 2020.

In dem Protokoll heißt es weiter, dass bis Ende 2020 „alle notwendigen, gegenwärtig auch zum Teil verfassungsrechtlich strittig gestellten Wahlrechtsfragen geklärt werden“, um die Neuwahlen am 25.4.2021 - durch Auflösung des Parlaments nach Artikel 50 der Thüringer Verfassung - „rechtssicher und unangreifbar durchführen zu können“.

„Das Thüringer Paritätsgesetz wird mit Blick auf die bevorstehenden Neuwahlen und deren verfassungsrechtliche Unangreifbarkeit angepasst, dass dessen Regeln erst mit der neunten Wahlperiode des Thüringer Landtags Anwendung finden. Die anstehende Entscheidung des Verfassungsgerichts wird in das hierfür notwendige Gesetzgebungsverfahren einbezogen.“

Es wurden verschiedene Schritte vereinbart, „um Stabilität und Planungssicherheit für die Menschen in Thüringen, insbesondere für Landesbehörden, Kommunen, Unternehmen, Institutionen und Verbände, zu schaffen. Dazu gehören neben dem Haushalt für das Jahr 2021 und dem bereits am 6. März beschlossenen kommunalen Unterstützungspaket, dass „Gebietsreformen nur auf freiwilliger Basis durchgeführt werden“ sowie eine „Kreisstadtgarantie“ für alle bisherigen Kreisstädte.

Unter dem Stichpunkt „Thüringer Schulfrieden“ heißt es u.a.: „Es wird ein Dialog ‚Schule 2030‘ intensiviert, bei dem bildungspolitische Maßnahmen zur Unterrichtsgarantie und Unterrichtsqualität identifiziert, erprobt

und umgesetzt werden.“ Zur Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume in Thüringen wird hingewiesen auf „einen verlässlichen und gut ausgebauten ÖPNV, den Zugang zu Breitband, Daseinsvorsorge und medizinischer Versorgung“.

Außerdem heißt es: „Für uns haben Natur- und Landschaftsschutz hohe Bedeutung. Windenergie sollte durch Ersetzen alter durch neue Anlagen vorgebracht werden und für neue Anlagen darf es keine Rodungen im Wald geben. Ein zeitlich begrenztes Moratorium über die Neuerrichtung von Windanlagen im Wald soll geprüft werden, um in dieser Zeit die verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Eingriffs in Eigentumsrechte abschließend zu prüfen.“

# Menschen auf der Flucht schützen

König-Preuss: Nicht nur die Identitäre Bewegung befindet sich bereits in Griechenland

**K**atharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus und Antirassismus der Linksfraktion, hat die zuständigen Behörden in Bund und Ländern zu einem schnellen, zielgerichteten Agieren gegen die laufende Mobilisierung deutscher Neonazis nach Griechenland aufgefordert.

„Nicht nur die Identitäre Bewegung befindet sich bereits in Griechenland, um laut eigener Aussage den ‚griechischen Patrioten bei ihrem Kampf zu helfen‘, und erklärt, dass jetzt der Au-

genblick der Entscheidung gekommen sei. Ebenfalls wird in Neonazi-Chatgruppen offen darüber gesprochen, sich nach Griechenland zu begeben. Es gibt Aufrufe, Griechenland gegen die Schutzsuchenden zu verteidigen und es wird gar von der Notwendigkeit der Bewaffnung gesprochen.

Es muss mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln verhindert werden, dass sich weitere deutsche Neonazis auf den Weg nach Griechenland begeben. Ich plädiere grundsätz-

lich für offene Grenzen, dieses gilt jedoch nicht, wenn Neonazis sich auf den Weg machen wollen, um schutzlose Menschen anzugreifen. Hier ist es Aufgabe, Neonazis abzuweisen und Geflüchtete zu schützen“, so die Landtagsabgeordnete, die ebenfalls ein Aufnahmeprogramm für die sich in Griechenland befindenden schutzlosen Menschen fordert und darauf verweist, dass sich viele Städte in Deutschland zu sogenannten „sicheren Häfen“ erklärt haben.

Markus Gleichmann, europapolitischer Sprecher, betonte: „Nehmen wir unsere Grundwerte ernst. #wirhabenplatz kann man auf Twitter lesen und das mit Recht. Wir fordern einen Stopp von Gewalt gegen Geflüchtete, wir fordern Unterstützung und Solidarität mit Griechenland und sofortige humanitäre Hilfe durch die EU. Und wir bleiben bei der Forderung, dass die Bundesregierung ein Kontingent von Geflüchteten bei uns aufnimmt. Wir dürfen nicht weiter einfach nur zusehen.“



Foto: ©Linksfaktion Thüringen

„Festung Europa“

## Schnell handeln

Die LINKE im Thüringer Landtag unterstützt die Aktionen zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Lösung der schwerwiegenden humanitären Problemsituation an der türkisch-griechischen Grenze. Thüringen hat die logistischen und finanziellen Kapazitäten, um kurzfristig und in einem geordneten Verfahren Geflüchtete aufzunehmen.

Die Erfahrungen aus dem Jahr 2015 und danach zeigen, dass es in der Gesellschaft breite Unterstützung und beeindruckendes Engagement - gerade auch von ehrenamtlich Aktiven - gibt. Es muss jetzt schnell gehandelt werden. Und das Hilfsangebot muss dieses Mal - anders als vor Weihnachten 2019 - über die Aufnahme von 50 Kindern und Jugendlichen ohne Familie deutlich hinausgehen. Thüringen darf nicht tatenlos zusehen, wenn Geflüchtete, darunter auch viele Familien mit Kindern, die Opfer von Krieg und Gewalt sind, nun ein zweites Mal in einer humanitären Katastrophe unter Bedrohung ihres Lebens zum Spielball von geo- und machtpolitischen Interessen verschiedener Akteure gemacht werden. Die „Festung Europa“ zeigt erneut ihr äußerst gewalttätiges Gesicht, wenn es um die Abschottung ihres Wohlstands geht, der auch auf der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Länder und ihrer Bevölkerungen basiert.

*Patrick Beier ist migrationspolitischer Sprecher der Linksfraktion*

**Vor dem Hintergrund eines mörderischen Rassismus sowie zunehmenden Antisemitismus hat Katharina König-Preuss die schnellstmögliche Änderung der Thüringer Verfassung mit der Aufnahme einer Klausel gegen Antisemitismus und Rassismus gefordert: „Nach den schrecklichen Taten erklingen immer wieder viele richtige Worte aus Politik und Gesellschaft. Es ist längst an der Zeit, politisch auch zu handeln und nicht allein mit Betroffenheit zu reagieren“, so die Sprecherin für Antifaschismus und Antirassismus der Linksfraktion.**

**M**it Blick auch auf den jetzt beschlossenen Antrag der Fraktionen von LINKE, CDU, SPD und Grünen zur Bildung eines Verfassungsausschusses sowie dem Bestreben der Linksfraktion, ein Staatsziel Antirassismus, Antifaschismus und Bekämpfung des Antisemitismus in die Thüringer Verfassung aufzunehmen, wäre dies nicht nur ein klares Zeichen an Betroffene, es würde auch den „Tätern der Sprache und der Handlung deutlich machen, dass sie in Thüringen auf Widerstand stoßen und es würde vor allem auch zu einem entsprechend geleiteten Handeln in Politik, Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden führen. Menschen, die Rassismus erleben, haben Angst.

Angst, dass sie die nächsten sind. Angst, dass sie gejagt werden. Angst in Thüringen zu leben. Zu lange haben wir Betroffene mit dieser Angst alleingelassen, ihnen nicht die Sicherheit gegeben, die alle in Thüringen lebenden Menschen haben sollten“, so Katharina König-Preuss. Die Forderung nach Aufnahme einer

LINKE tritt bereits länger für eine solche Änderung der Verfassung ein. „Es geht um eine solidarische Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann. Der Staat hat die Pflicht, alle Menschen zu schützen. Dies muss stärker als bisher deutlich werden. Dazu trägt eine entsprechende Verfassungsänderung bei. Sie sollte von allen unterstützt werden, für die Vielfalt und Demokratie wichtig sind.“

Die Linksfraktion wird einen entsprechenden Entwurf zur Aufnahme dieser Klausel in die Thüringer Verfassung einbringen. Anja Müller, justiz- und verfassungspolitische Sprecherin, sagte: „Wir setzen auf eine breite Zustimmung zu dieser Änderung der Landesverfassung, denn schließlich legt diese fest, wie wir künftig in Thüringen miteinander leben wollen.“

**Am Abend vor dem 4. März und der Nachricht, dass sich ein Corona-Verdachtsfall im Landtag nicht bestätigt hatte, postete die LINKE-Abgeordnete Anja Müller dieses Foto und schrieb: „Die Ministerpräsidentenwahl kann stattfinden. Und ein**

**deutliches Zeichen aus dem Landtag von #r2g - Hass ist keine Alternative! Und während draußen die Nazis brüllen, sprechen wir im Landtag mit den Menschen, die den Rassismus jeden Tag spüren.“**

# Menschen haben Angst, dass sie die nächsten sind

Staatsziel Antirassismus, Antifaschismus, Bekämpfung des Antisemitismus



solchen Klausel in die Landesverfassung ist nicht neu, sondern wurde bereits 2018 aus der Zivilgesellschaft erhoben. Ebenso forderte die Enquete-kommission Rassismus der vergangenen Legislatur diese Maßnahme. DIE

# Für Zukunftsaufgaben

## Bilay: Kommunale Infrastruktur nun schneller modernisieren

**Der Landtag hat mit der Beschlussfassung in der Plenarsitzung am 6. März den Weg für eine Thüringer kommunale Investitionsoffensive im Umfang von 568 Millionen Euro für die Jahre 2020 bis 2024 freigemacht.**

Der Kommunalpolitiker der Linksfraktion, Sascha Bilay, der dazu im Landtag gesprochen und für die konstruktive Sacharbeit insbesondere im Kommunal- und Innenausschuss als auch im Haushalts- und Finanzausschuss gedankt hatte, sagte: „Mit der Beschlussfassung für eine kommunale Investitionsoffensive im Umfang von 568 Millionen Euro für die Jahre 2020 bis 2024 hat der Landtag trotz schwieriger Mehrheitsverhältnisse Handlungsfähigkeit im Interesse der kommunalen Familie im Freistaat bewiesen. Diese Mittel erhöhen die Finanzkraft der Landkreise, Gemeinden und Städte enorm. Wichtige Zukunftsaufgaben können damit gelöst werden. Die kommunal Verantwortlichen in den Verwaltungen und gewählten Gremien sind nun gefordert, gemeinsam einen Plan zur Umsetzung des Gesetzes vor Ort zu diskutieren.“

Aus dem Investitionsprogramm des Landes können Zukunftsaufgaben in den Bereichen Bildung, Feuerwehr, Klimaschutz, Kultur, Mobilität und Digitalisierung finanziert werden. „Mit dieser Zielbeschreibung kann jede Kommune gleich mehrere sinnvolle Projekte bestimmen, die sonst noch länger auf Umsetzung hätten warten müssen. Nun kommen wir schneller voran, die kommunale Infrastruktur zu mo-

dernisieren“, betonte der Landtagsabgeordnete. Erstmals zur Jahresmitte 2022 und nochmal zum Jah-

fung Rot-Rot-Grün eine gute kommunalfreundliche Landespolitik in den letzten fünf Jahren beschei-



resende 2024, also in der Halbzeit und zum Ende des Investitionsprogramms, soll dokumentiert werden, welche Projekte mit den Mitteln finanziert wurden. Ziel ist es, mehr Transparenz über die Verwendung der bereitgestellten öffentlichen Gelder zu erreichen.

Übrigens hatte jetzt der Jahresbericht des Thüringer Rechnungshofs zur überörtlichen Kommunalprü-

nigt. „Die Finanzlage der Kommunen hat sich nachhaltig verbessert. Ihre Einnahmen sind 2018 gegenüber dem Vorjahr um 300 Millionen Euro gestiegen. Gleichzeitig erreichte der Schuldenstand mit 1,58 Milliarden Euro den niedrigsten Wert der letzten Jahre. Diese Politik zur Stärkung der kommunalen Familie im Freistaat werden wir konsequent fortsetzen“, erklärte Sascha Bilay.

## Gutes Lernen in modernen Schulen

Thüringens Schülerinnen und Schüler verdienen ein gutes und modernes Lernumfeld, die Lehrerinnen und Lehrer einen attraktiven Arbeitsplatz“, heißt es in einer Pressemitteilung, mit der das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft auf die Investitionen des Freistaates im Rahmen der Schulbauförderung hinweist.

Seit dem Jahr 2015 konnten bereits 98 Schulen in Thüringen saniert werden. Für das laufende Jahr 2020 sind nun weitere 14 Bauprojekte an staatlichen Schulen und vier Schulbauvorhaben an Ersatzschulen geplant. Insgesamt 14 staatliche Schulträger, also kreisfreie Städte und Landkreise, hatten sich mit 30 Schulbauvorhaben um eine Förderung aus dem Schulinvestitionsprogramm beworben. Hiervon konnten 14 Schulen mit einem Fördermittelbedarf von insgesamt 32,85 Millionen Euro berücksichtigt werden. Daneben werden im laufenden Jahr im Ersatzschulprogramm weitere 4,05 Millionen Euro für vier Schulbauvorhaben freier Schulträger bereitgestellt.

„Mit der Programmaufstellung werden wir wieder viele Schulbauvorhaben insbesondere in den ländlichen Räumen Thüringens unterstützen können. Das freut mich besonders. Gute Lernbedingungen in modernen Schulgebäuden machen den ländlichen Raum als Wohnort für Familien attraktiver und sichern gleichwertige Lebensverhältnisse“, so der zu diesem Zeitpunkt noch zuständige Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Dr. Klaus Sühl. Zu den Vorhaben gehört z.B. im Saale-Orla-Kreis der Neubau einer Grundschule in Wurzbach sowie im Wartburgkreis die Sanierung und Erweiterung der Staatlichen Regelschule „Eichelbergschule“ in Berka/Werra

**Hintergrund:** Die Anmeldungen auf Schulbauförderung werden von den zuständigen Schulträgern (Landkreise und kreisfreie Städte) im Infrastrukturministerium eingereicht und bilden die Grundlage für die Programmaufstellung des jeweiligen Bewilligungsjahres. Die Auswahl der geförderten Objekte erfolgte auf Grundlage der Schulbauförderrichtlinie. Mit ihr werden die Fördermittel zielgenau und nachhaltig eingesetzt. So müssen die Antragsteller nachweisen, dass auch im demografischen Wandel die Schulen bei Neubauten 25 Jahre und bei Sanierungen für die kommenden 15 Jahre ausgelastet sein werden. Ferner sollen die Schulen durch die Sanierung barrierefrei werden, um eine inklusive Beschulung zu ermöglichen. In der vergangenen Legislaturperiode wurde eine Rekordsumme von insgesamt 400 Millionen Euro in die Thüringer Schulbauten investiert.

### » Erzieherausbildung

Der Landtag hat am 5. März beschlossen, den Beginn eines zweiten Ausbildungslehrgangs der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher im Jahr 2020 zu ermöglichen, indem die Organisation und Finanzierung vollständig durch den Freistaat Thüringen übernommen werden. „Das ist unbedingt wichtig angesichts des Fachkräftemangels im frühkindlichen Bereich und eine erste wichtige Antwort auf den Reformbedarf in der Ausbildung. Die Vorlage wurde im Ausschuss gemeinsam mit der CDU ergänzt und befürwortet. Ein gutes Beispiel, wie man zur Problemlösung parteiübergreifend zusammenarbeiten kann“, so Daniel Reinhardt, Sprecher der Linksfraktion für frühkindliche Bildung

### » Einkommen

Wie dpa mit Verweis auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN im Bundestag anlässlich des Internationalen Frauentags berichtete, verdienen Frauen im Südosten Thüringens im Bundesvergleich am wenigsten. Das mittlere Bruttoeinkommen ist im Durchschnitt mit 2.070 Euro pro Monat für Frauen in Vollzeit im Saale-Orla-Kreis am geringsten. Mit außerdem dem Landkreis Sömmerda und dem Landkreis Greiz sind gleich drei Thüringer Landkreise in der Aufzählung der bundesweit sieben Kommunen mit den geringsten Einkommen für Frauen aufgeführt. Thüringenweit liegt der Durchschnittswert für Frauen bei 2.449, für Männer bei 2.596 Euro.

### » Rechtsrock

Für den 14. März bewerben Neonazis seit Wochen eine Rechtsrock-Veranstaltung im „Schützenhaus“ in Themar. Das Schützenhaus befindet sich in städtischem Eigentum, der Mietvertrag wurde mit dem Neonazi Tommy Frenck unterzeichnet. Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärte dazu: „Es gibt weder eine Verpflichtung noch eine Notwendigkeit, Neonazis eine kommunale Immobilie für Rechtsrock-Konzerte zur Verfügung zu stellen. Im Gegenteil, es wäre Aufgabe der Stadt Themar, diese Nazi-Versammlung zu unterbinden und Neonazis keinen Zugriff auf das Schützenhaus zu gewähren.“

## Nebenbei notiert

### Die perfekte Kandidatin

KOMMENTAR VON  
MDL KAROLA STANGE

Es war mir eine Ehre für die Vorpremiere von „Die perfekte Kandidatin“ im Erfurter „Kinoklub am Hirschlachufer“ im Rahmen der bundesweiten Previewtage eine Patenschaft zu übernehmen.

Dass der Film am 8. März, dem Internationalen Frauentag, gezeigt wurde, war natürlich kein Zufall. Auf unterhaltsame Art und Weise ermutigt die Regisseurin, Haifaa Al Mansour, Frauen dazu, sich in die Politik einzumischen, sichtbar zu werden, ihre Meinung zu vertreten und an der Gestaltung unserer Welt aktiv teilzuhaben. Der Film ist ein wichtiges Zeichen zum Frauentag und macht deutlich, dass mehr Frauen in die Parlamente müssen - egal ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene. Denn das ist nach wie vor notwendig für mehr Gleichstellung in der Politik und Gleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft.

In diesem Sinne wünsche ich diesem Film, über den es in der Ankündigung heißt, er sei „eine Verneigung vor der Unbezähmbarkeit weiblicher Souveränität“ und ein „beflügelndes wie scharfsichtig nachgezeichnetes Porträt einer Emanzipation“, recht viele Besucherinnen und Besucher.

*Nach „Das Mädchen Wajda“ ist „Die perfekte Kandidatin“ der zweite Film von Haifaa Al-Mansour, der von einer jungen Frau erzählt, die in Saudi-Arabien eher per Zufall für den Posten als Gemeinderätin kandidiert. Bundesweit haben bekannte Frauen aus dem Bereich Politik und Öffentlichkeit eine Filmpatenschaft übernommen. Karola Stange ist Sprecherin für Sozial- und Gleichstellungspolitik der Linksfraktion im Thüringer Landtag.*

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

#### Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung ([www.unz.de](http://www.unz.de)). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet

nachlesen ([www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport](http://www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport)).

#### Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf [www.twitter.com/Linke\\_Thl](https://www.twitter.com/Linke_Thl) und bei [www.facebook.com/linke.Thueringen](https://www.facebook.com/linke.Thueringen), Videos von Reden und Aktionen bei [www.youtube.com/Linksfraktionthl](https://www.youtube.com/Linksfraktionthl) sowie Fotos unter [www.flickr.com/linksfraktion-thueringen](https://www.flickr.com/linksfraktion-thueringen).

#### Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Ple-

narsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite ([www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)) und auf der Internetseite des Landtages ([www.landtag.thueringen.de](http://www.landtag.thueringen.de)) eingebunden. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

#### Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de).

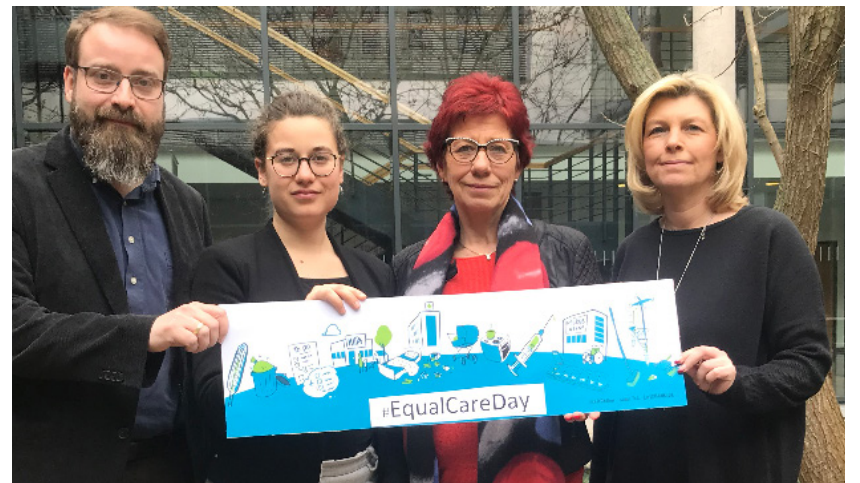
# (Nicht) Nur in Schaltjahren

## Der „Equal Care Day“ mahnt eine faire Verteilung der Fürsorge-Arbeit an

**Die mangelnde Wertschätzung und unfaire Verteilung von Care-Arbeit (Fürsorge-Arbeit) zu kritisieren, ist das Anliegen des „Equal Care Days“. Er wurde am 29. Februar begangen und von Abgeordneten auch der Thüringer Linksfraktion unterstützt (Cordula Eger, Karola Stange, Lena Saniye Güngör und Ralf Plötner, im Foto v.r.)**

Care-Arbeit schließt körperliche sowie emotionale Arbeit ein, von Kinderbetreuung und Pflegearbeit in Einrichtungen bis hin zu unbezahlten Haushaltsaufgaben und der privaten Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Da diese Arbeit überwiegend von Frauen geleistet wird, sprechen wir von einem Gender Care Gap“, sagte Lena Saniye Güngör, Sprecherin für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik der LINKE-Fraktion. Dass Frauen Arbeit leisten, die unterschätzt und meistens unterbezahlt werde, dies gelte es zu ändern - nicht nur mit festgelegten Tarifen in Care-Branchen und besseren Strukturen, sondern auch kulturell. „Die faire Verteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern bleibt auch ein sozialer Aushandlungsprozess“, so die Abgeordnete.

Karola Stange, Sprecherin für Gleichstellung, Behindertenpolitik und Sozia-



les, fügte hinzu: „Frauen, die weniger in den Care-Branchen verdienen, weil diese unterwertet sind, müssen dann mit weniger Rente leben.“

Weit über 80 Prozent der beruflichen Care-Arbeit in Deutschland wird von Frauen geleistet. Beispielsweise liegt ihr Anteil in Kindertagesstätten bei 96 Prozent, in privaten Pflegediensten bei 87 Prozent, in Krankenhäusern und Pflegeheimen bei 85 Prozent und im Reinigungswesen bei 75 Prozent.

Im Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung wurde der Gender

Care Gap in privaten Haushalten berechnet: Im Durchschnitt leisten Frauen 52,4 Prozent mehr Familien- und Sorgearbeit als Männer. Dazu kommt die Dunkelziffer im nicht angemeldeten Putz-, Pflege- und Betreuungsbereich.

Den Equal Care Day gibt es nur in den Schaltjahren als Erinnerung daran, dass Männer in Deutschland vier Jahre brauchen, um denselben Umfang an Carearbeit zu leisten, den Frauen in einem Jahr übernehmen.

[www.equalcareday.de](http://www.equalcareday.de)

# Sie leisten „nahezu Übermenschliches“

Nach einer am 25. Februar veröffentlichten Studie der Universität Bremen wird für eine angemessene Betreuung in Pflegeheimen ein Drittel mehr Personal benötigt, deutschlandweit rund 120.000 Pflegekräfte. „Pflege in Heimen kann also nicht angemessen erfüllt werden. Dieser Umstand muss im Interesse aller schnellstens beendet werden“, sagte der Sprecher für Gesundheit und Pflege der Thüringer Linksfraktion Ralf Plötner.



„Die Altersstruktur in Thüringen stellt uns vor besondere Herausforderungen. Die Anforderungen können nur gemeistert werden, wenn der Freistaat massiv Pflegekräfte anwirbt. Hier sind die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung und ein Ausbau der Weiterbildung für Menschen in Pflegeberufen wichtig. Das gesamte Berufsbild muss endlich den Stellenwert bekommen, den es verdient. Wer anderen hilft und Menschen tagtäglich unter-

stützt und pflegt, muss Anerkennung aus der gesamten Gesellschaft erfahren, insbesondere wenn jetzt belegt wurde, dass die Pflegenden aufgrund des Personalbedarfs nahezu Übermenschliches leisten müssen. Ein verbesserter Personalschlüssel im Bereich der Pflege ist wichtig und kann wieder mehr Menschen ermuntern, in der Pflege zu arbeiten“, betonte der Landtagsabgeordnete, der ausgebildeter Gesundheits- und Krankenpfleger ist.